

Prozess gegen wolgadeutsche Intellektuelle

Das jähe Ende der schöpferischen Tätigkeit solcher herausragender Persönlichkeiten wie Georg Dinges oder Peter Sinner ist noch nicht ausreichend erörtert worden.

Professor Georg Dinges (1891-1932) widmete sein ganzes Leben der Erforschung der Sprache der Wolgadeutschen, unternahm zahlreiche folkloristische und volkskundliche Expeditionen in deutsche Dörfer, war der erste Direktor (1925-1929) des von ihm gegründeten Zentralmuseums der Wolgarepublik, unterstützte tatkräftig die Gründung des deutschen staatlichen Pädagogischen Instituts und bekleidete dort das Amt des Prorektors, bevor er am 30. Januar 1930 verhaftet wurde.

Peter Sinner (1879-1935?) ist als scharfsinniger Publizist, kenntnisreicher Volkskundler, begnadeter Pädagoge und feinfühliges Lyriker allbekannt. Am 14. August 1930 in Leningrad festgenommen, wurde er in einem politischen Prozess zusammen mit Prof. Dinges und Anatolij Synopalow, der eine Zeitlang an der deutschen Hochschule in Pokrowsk/Engels unterrichtete, der antisowjetischen und konterrevolutionären Tätigkeit beschuldigt. Das am 1. Februar 1932 verhängte Urteil lautete: für jeden drei Jahre Verbannung. Das war eine der ersten geheimdienstlichen Aktionen gegen russlanddeutsche Intelligenz dieser Art, der in den nächsten Jahren zahlreiche weitere folgten.

Eröffnung des deutschen Pädagogischen Instituts

Bis zuletzt deutete nichts auf die bevorstehende Verhaftung hin. Am 6. Januar 1930 fand die feierliche gemeinsame Festsetzung der Regierungs-, Partei- und Gewerkschaftsorgane statt, die der Eröffnung der ersten nationalen Hochschule gewidmet war. Sie wurde absichtlich mit dem sechsjährigen Jahrestag der Umwandlung in eine autonome Republik verknüpft. Es trafen Begrüßungstelegramme vom Regierungschef der Russischen Föderation, Syrzew, vom Volkskommissar für Bildungswesen, Bubnow, und von vielen anderen prominenten Regierungsvertretern, Partei-

funktionären, Wissenschaftlern und Organisationen ein. Die mehrstündige Festrede hielt hierzu auf Deutsch und Russisch Johannes Schwab, der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der ASSRdWD und zugleich Rektor des neuen Instituts. In dieser Sitzung kam auch der amtierende Prorektor Dinges zu Wort; er sprach über die Kulturmorphologie (Bildungslehre) der Wolgadeutschen. Prof. Walter Ziesemer von der Königsberger Universität, der eine bedeutende Bücherspende organisierte, überbrachte Grüße der deutschen Kollegen. Immerhin ließ der Auftritt des verantwortlichen Sekretärs des Gebietspartei-Komitees, Christian Horst, vor dem festlichen Auditorium aufhorchen: „Die deutsche Hochschule hat die ehrenvolle Aufgabe, marxistisch geschulte Lehrer zu geben, die als kulturelle Vorkämpfer Licht in das geistige Dunkel des deutschen Dorfes zu bringen haben.“ Unter solchen Bedingungen gab es natürlich keinen Platz für die „alte“, nicht in marxistischen Kategorien denkende Intelligenz.

„Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ und die Kulturrevolution

Bezeichnenderweise widmete Schwab einen wesentlichen Teil seiner Festrede dem „Klassenkampf im deutschen Dorfe und der Auswanderungsbewegung unter den Kulaken“. Die Abkehr von der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) und der nun von Stalin und seinen Anhängern Ende der 1920er Jahre eingeschlagene Kurs bedeutete eine grundlegende Transformation der traditionellen Gesellschaften, einen völligen Bruch mit der althergebrachten Kultur, Religion und Mentalität. Die wichtigsten Merkmale der neuen Politik waren:

- a) die beschleunigte Industrialisierung;
- b) die totale Kollektivierung der Landwirtschaft;
- c) die Kulturrevolution.

Das führte zum Verbot jeglicher selbständiger wirtschaftlicher und kultureller Tätigkeit zur Schaffung einer einheitlichen Kultur und Zentralisierung aller Wirtschaftszweige. Auf dem Weg zur Formie-

rung der „neuen Gesellschaft“ wurden ganze Gruppen und Bevölkerungsschichten gnadenlos zerstört oder vernichtet, die in den Augen der stalinschen Helfershelfer eine potentielle Gefahr für ihre absolute Macht darstellten: Kleinunternehmer, wohlhabende Bauern, Freiberufler, nationaldenkende Intellektuelle, „bürgerliche“ Spezialisten und Wissenschaftler, Geistliche und aktive Mitglieder der Glaubensgemeinschaften.

Die Geheimpolizei OGPU fabrizierte in diesen Jahren zahlreiche geheime und offene Prozesse, um die potentiellen Widersacher einzuschüchtern und aufgetretene Schwierigkeiten und Fehler als Werk der „Volksschädlinge“ darzustellen. Der Schauprozess gegen die Ingenieure und Techniker in den Gruben der Kohlestadt Schachty in der Ukraine im Frühling 1928 gab den Auftakt zu einer das ganze Land überziehenden Verhaftungswelle der „bürgerlichen“ Fachleute. Das politische Strafverfahren gegen den bekannten Historiker, das Akademie-Mitglied Sergej Platonow, in den Jahren 1929-1931 führte zur Verurteilung zahlreicher Wissenschaftler.

Nicht minder hart wurde die „alte“ Intelligenz der nationalen Republiken und Autonomien unterdrückt. In der Ukraine zum Beispiel „enthüllten“ die Tschekisten im Jahre 1930 den „Bund der Befreiung der Ukraine“; unter den 45 Angeklagten befanden sich Akademiemitglieder, Verlagsredakteure, Universitätsprofessoren und Schriftsteller. Im Februar 1931 deckte die OGPU eine konterrevolutionäre Spionageorganisation mariischer Intelligenzler (Mari ist ein finno-ugrisches Volk am mittleren Lauf der Wolga), die einen selbständigen Staat unter dem Protektorat Finnlands anstrebten, auf. Als Erster wurde der Direktor des Gebietsmuseums, der bekannte Volkskundler Timofej Ewseew verhaftet und der Zusammenarbeit mit finnischen Wissenschaftlern beschuldigt; weitere Verhaftungen der einheimischen Hochschullehrer, Wissenschaftler und Linguisten folgten.

Weder Tatarstan noch Kasachstan noch Udmurtien oder andere nationale Territorien in der Sowjetunion blieben von ähnlichen Prozessen verschont. Nicht selten wurden die Vertreter der finnisch-ugrischen Völker des Pan-Finnismus, die der turksprachigen Völker des Pan-Islamismus oder des Pan-Turkismus verdächtigt. Und die russ-



Prof. Georg Dinges, 1926



Ausschnitt aus der Frontseite der Republikzeitung "Nachrichten" über die Eröffnungsfeier des deutschen Pädagogischen Instituts.

landdeutschen Intellektuellen erwartete - wie konnte es auch anders sein - der Vorwurf des Pan-Germanismus.

Verhängnisvolle Beziehungen zu Deutschland

Bei den deutschen Bauern entlud sich der Protest gegen die Enteignung und religiöse Verfolgung u.a. in einer massenhaften Auswanderungsbewegung. Ende 1929 versammelten sich in Moskau um die 13.000 Bauern, vornehmlich Mennoniten aus Westsibirien. Sie forderten eine freie Ausreise aus dem Land und wandten sich in dieser Angelegenheit an die Deutsche Botschaft und die ausländische Öffentlichkeit. Das bedeutete für die Sowjetunion einen enormen Prestigeverlust, führte zur merklichen Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und verstärkte die bereits vorhandene Tendenz zur Unterbindung jeglicher nicht direkt von Moskau genehmigten Beziehungen mit dem Ausland.

In den 1920er Jahren war die bolschewistische Führung allerdings an der Hilfe der internationalen Hilfsorganisationen zur Bekämpfung der Hungerkatastrophe 1921-22 und an der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland noch interessiert. So durfte im Wolgabiet eine medizinische Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Anfang 1922 ihre Tätigkeit zur Bekämpfung der Seuchengefahren, vor allem der Cholera, des Unterleibtyphus und der weit verbreiteten Malaria, aufnehmen. Der verantwortliche Vertreter der Expedition mit Sitz in Saratow, Dr. Otto Fischer, und der Leiter des bakteriologischen Zentrallaboratoriums des DRK in Moskau, Prof. Heinz Zeiss, trafen sich öfters zu Fragen der sanitären und hy-

gienischen Aufklärung der ländlichen Bevölkerung bzw. der Verteilung der Hilfsgüter mit Peter Sinner und Georg Dinges. Sinner konnte mehrere Beiträge über Geschichte, Literatur, Sitten und Gebräuche seiner Landsleute in verschiedenen Zeitschriften in Deutschland publizieren, was damals nicht als staatsgefährdend angesehen wurde. Dinges unterhielt zahlreiche Kontakte zu deutschen Sprachwissenschaftlern und reiste 1924 für drei Monate nach Deutschland. In Saratow traf er sich 1928 und Anfang 1930 mit dem bekannten Germanisten Walter Ziesemer.

Noch im Frühling 1926 unterstrich Johannes Schwab in Berlin während des offiziellen Besuchs der Delegation der ASSRdWD, dass die wolgadeutsche Seite am Kulturaustausch mit Deutschland sehr interessiert sei. Diese Kontakte wurden den Beteiligten in den 1930er Jahren zum Verhängnis.

Die Anklageschrift

Untenstehend führen wir einige Auszüge aus der Anklageschrift gegen Georg Dinges, Peter Sinner und Anatolij Synopalow an, die am 10. Oktober 1931 erhoben wurde. Die zahlreichen Schreibfehler sind korrigiert, die oft unbeholfene Ausdrucksweise weitgehend erhalten. Das Original befindet sich in den Ermittlungsunterlagen dieser Strafsache, die zur Zeit im Archiv der Verwaltung des Föderalen Sicherheitsdienstes (Nachfolger der GPU-NKwD-KGB) des Gebiets Saratow aufbewahrt werden.

Zur Anklage der Bürger DINGES G.G., SINNER, P.I. laut Artikel (Art.) 58-4, 58-6 des Strafgesetzbuches (StGB) und SYNOPALOW A.K. laut Art. 58-4 des StGB

Von der Sonderabteilung der Bevollmächtigten Vertretung des OGPU der Unteren Wolgaregion wurden im Jahre 1930 konterrevolutionäre und nationalistische Spionagetätigkeit der katholischen und lu-

therischen Geistlichkeit (Strafsachen BAUMTROG, KAPPES, ERBES, HARFF, WAGNER) sowie national-chauvinistische Elemente aus der wolgadeutschen Intelligenz (Strafsache von Prof. BEHNING, GROSS u.a.) entlarvt und im gewissen Maße unterbunden. Schon laut Aussagen einzelner Angeklagten und Zeugen in diesen Strafsachen figurierten die Angeklagten Prof. DINGES und der Lehrer SINNER als Personen pangermanischer Orientierung, die der Diktatur des Proletariats in der UdSSR feindlich gesinnt sind und direkt mit den geheimdienstlichen („Osteuropa“, „Der Auslandsdeutsche“) und zu den Weißemigranten-Organisationen („Verein der Wolgadeutschen“) in Deutschland verbunden waren. Diese Organisationen waren ebenfalls federführend in der Tätigkeit der oben genannten Verurteilten BAUMTROG, KAPPES, BEHNING u.a., die bereits vom Kollegium des OGPU abgeurteilt wurden. Weiteres konterrevolutionäres, der Sowjetmacht feindliches Verhalten der Angeklagten DINGES, SINNER und SYNOPALOW diente gerade als Grundlage für ihre Heranziehung zum Ermittlungsverfahren.

Aus dieser Untersuchung ergibt sich Folgendes: Die Angeklagten DINGES, SINNER und SYNOPALOW, die nach den bürgerlich-demokratischen und nationalistischen Traditionen der deutschen Staatlichkeit erzogen sind, verhielten sich vom Anfang an negativ zu der sich nach der Oktoberrevolution herausgebildeten Diktatur des Proletariats und stellten sich somit in das sowjetfeindliche Lager. Sie solidarisierten sich mit dem Menschewismus, dem sozial-revolutionärem Gedankengut, und begrüßten die Konstituierende Versammlung, die in Russland die bürgerlich-demokratische Macht proklamieren sollte. •

| Viktor Krieger | Alexander Spack |

[Schluss folgt]